

RECHTS POPULI SMUS

INHALT

1. Begriffsbestimmungen
2. Elemente des Populismus
Sprache der Populisten
Antiintellektualismus
Demokratiekritik des Populismus
Antifeminismus
3. (Ursachen-)Analysen
Ungleichheit, Globalisierungsangst, kulturelle Entfremdung
Die Soziale Frage
als Einwanderungsfrage
Neoliberalismus und die soziale Basis des Rechtspopulismus
Nach oben buckeln, nach unten treten: Der autoritäre Charakter
4. Linker Populismus
5. Strategien gegen Populismus
6. Literatur

05/2017

LEITUNG

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA hat dem Vormarsch des Rechtspopulismus neue Dimensionen eröffnet. Sie hat entsprechend auch neue Befürchtungen geweckt, etwa diejenige vor einem zunehmenden Zerfall der (bürgerlichen) Demokratie. Im Blick stehen rechtspopulistische Parteien, die in vielen Ländern Europas bereits in Parlamenten vertreten oder an Regierungen beteiligt sind bzw. dies anstreben: Die FPÖ in Österreich, die AFD in Deutschland, der Front National unter Marine Le Pen in Frankreich, die SVP in der Schweiz, die Partei für die Freiheit (PVV) von Geert Wilders in den Niederlanden, die Lega Nord in Italien, UKIP mit Nigel Farage in Großbritannien, die Schwedendemokraten (SD), die Dansk Folkeparti (DF) in Dänemark, die Fortschrittspartei in Norwegen oder die Die Finnen in Finnland. In Ungarn regiert die nationalkonservative und rechtspopulistische Fidesz mit dem Präsidenten Viktor Orban seit 2010 mit absoluter Mehrheit, ebenso in Polen die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Aber auch auf anderen Kontinenten ist von Rechtspopulismus die Rede, etwa wenn Trump in den USA, Erdogan in der Türkei, Putin in Russland oder Duterte auf den Philippinen in teilweise rasantem Tempo den autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft vorantreiben. Trotz vieler Unterschiede insbesondere in Bezug auf Sozial- und Wirtschaftspolitik bestehen inhaltliche Gemeinsamkeiten

IMPRESSUM

Diskurs | erscheint rund 2-mal jährlich.
Ältere Ausgaben sind abrufbar: www.denknetz.ch

Autor: Holger Schatz
Dank geht an Beat Ringger für Anmerkungen.

Denknetz

Postfach / C.P. 91 77
8036 Zürich
info@denknetz.ch
www.denknetz.ch
PC 87-450463-8

insbesondere in einer scharfen, abgrenzenden Einwanderungspolitik. Charakteristisch für den Rechtspopulismus wird daneben jedoch vor allem ein spezifischer Politikstil angesehen, demzufolge eine starke Führung mit antiintellektueller und antiliberaler Rhetorik vorgibt, die wahren Interessen des »Volkes« gegen das Establishment zur Geltung zu bringen.

Wir wollen in diesem Diskurs die teilweise unübersichtliche Debatte über den Rechtspopulismus strukturieren, kritisch beleuchten und Hinweise für eine vertiefte Auseinandersetzung liefern. Wir konzentrieren uns auf die Beiträge, die sich mit dem Populismus als solchem auseinandersetzen. Auf Darstellung der konkreten einzelnen Parteien und Bewegungen gehen wir nicht ein, ebenso wenig auf die Frage, inwieweit es sich bei religiösen fundamentalistischen Bewegungen wie dem IS um (rechts-) populistische Organisationen handle.

1. Begriffsbestimmungen

In der Literatur besteht Einigkeit darüber, dass Populismus nicht durch kohärente inhaltliche Kernelemente bestimmt ist. Der britische Politologe Paul Taggart schreibt: "This means that there is no such thing as 'pure' populism and it also means that populism can vary dramatically in what form it takes and hence can range across the political spectrum". Diese Unbestimmtheit mache gerade seine Flexibilität und Stärke aus.

Gleichwohl lassen sich eine Reihe formaler Charakteristika des Populismus bestimmen, findet etwa die Soziologin Karin Priester. Demnach zeichne sich der Populismus aus „durch Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik“. Die inhaltliche Flexibilität ist der Grund weshalb die Wissenschaft Populismus nicht auf rechte Bewegungen reduziert, auch wenn dies aufgrund der derzeitigen Welle rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien naheliegender wäre. Priester unterscheidet jedoch rechten und linken Populismus scharf entlang der Begriffe Inklusion und Exklusion:

„Linker Populismus strebt durch Partizipation und Ressourcenverteilung die Inklusion unterprivilegierter Bevölkerungsschichten in ein parastaatliches, direkt an die Person des »Führers« gebundenes, parlamentarisch nicht kontrolliertes Klientensystem an. Rechter Populismus betreibt umgekehrt die Exklusion von Menschen (»Sozialstaatschmarotzer«, Immigranten, Asylbewerber, ethnische Minderheiten) und reserviert politische und soziale Teilhaberechte nur für die eigene, autochthone Bevölkerung.“

Eine gut lesbare ideengeschichtliche Darstellung des Populismus liefert Jan-Werner Müller von der Princeton Universität in seinem 2016 bei Suhrkamp erschienenen Essay „Was ist Populismus?“ Für Müller ist es nicht die Kritik an den vermeintlichen „Eliten“, sondern die Ablehnung des Pluralismus, die den Populismus charakterisiert:

„Das Besondere an den Populisten ist vielmehr, dass sie einen Alleinvertretungsanspruch stellen: Sie sagen, dass sie als Einzige das wahre Volk repräsentieren. Und dieser Anspruch ist stets ein moralischer: Die Mitbewerber und vor allem die Eliten sind alle irgendwie korrupt. Zum Anti-Elitären, das die Populisten vertreten, wenn sie in der Opposition sind, muss immer dieses im Kern antipluralistische Moment, dieser exklusive Volksvertretungsanspruch, kommen. Das ist in meinen Augen das wesentlichste Merkmal des Populismus.“

Eine gängige Charakterisierung des Populismus betont den Umstand, dass PopulistInnen „einfache Antworten auf komplexe Probleme“ böten. Dabei wird oft unterstellt, die Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse sei nicht zu verändern; sie nehme laufend zu und überfordere insbesondere die „ModernisierungsverliererInnen“. Demgegenüber liefert Beat Ringger eine grundlegende komplexitäts-theoretische Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und kommt dabei zu einem anderslautenden Schluss. Komplexität müsse immer wieder von neuem optimiert (und dabei oft auch reduziert werden). Ein Übermass an Komplexität sei nicht nur demokratieavers, sondern gefährde auch die Tragfähigkeit der betroffenen Verhältnisse.

In der aktuellen Debatte wird oft übersehen, dass es eine lange Tradition der Populismustheorie gibt, die bis ins späte 19. Jahrhundert zurückreicht, freilich innerhalb der Autoritarismus- bzw. Faschismusforschung firmierte. So warnte Gustave Le Bon in seinem Buch »Psychologie der Massen« bereits 1895 davor, dass Menschen von Diktatoren manipuliert und zu einer gefährlichen Masse aufgepeitscht werden könnten, ganz ähnlich wie (noch vor dem Siegeszug des Nationalsozialismus) Helmut Plessner (1924).

www.policy-network.net/pno_detail.aspx?ID=4298&title=Rethinking-populism-in-contemporary-Europe

Karin Priester (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-5/2012 www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all

www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/populismus-populisten-hinterherzulaufen-ist-fatal-ld.91879

Beat Ringger. 10 Thesen zu Komplexität, Kapitalismus, Demokratie. Januar 2017 (Reclaim-Democracy-Atelier). <http://www.reclaim-democracy.org/wp-content/uploads/2017/02/Thesen-Komplexit%C3%A4t-Kapitalismus-Demokratie.pdf>

Beat Ringger. Die Demokratie und das Gesetz der optimalen Komplexität. In: Jahrbuch 2007. http://www.reclaim-democracy.org/wp-content/uploads/2017/02/Ringger_GOK.pdf

Während und vor allen Dingen nach dem Nationalsozialismus entwickelte sich eine elaborierte, stark sozialpsychologisch orientierte Autoritarismusforschung beispielsweise im Umfeld der Frankfurter Schule bzw. Kritischen Theorie. In Kapitel 4 wird noch die Rede davon sein, ob das Theorem des Autoritären Charakters auch für die Erklärung des heutigen Rechtspopulismus als plausibel erachtet werden kann.

Oft werden in der aktuellen Rechtspopulismusdebatte allerdings Analogien zu faschistischen Bewegungen gezogen. So argumentierte Andrew Sullivan im New York Magazine vom 2.5.2016 nach dem Erfolg Trumps:

“But his movement is clearly fascistic in its demonization of foreigners, its hyping of a threat by a domestic minority (Muslims and Mexicans are the new Jews), its focus on a single supreme leader of what can only be called a cult, and its deep belief in violence and coercion in a democracy that has heretofore relied on debate and persuasion.”

<http://nymag.com/daily/intelligencer/2016/04/america-tyranny-donald-trump.html>

Allerdings räumt auch Sullivan ein, im Gegensatz zu faschistischen Parteien oder Bewegungen verfüge Trump nicht über ein kohärentes Weltbild und fordere weder per se die Abschaffung der Demokratie noch die physische Liquidierung des politischen Gegners.

Das Debatten-Portal Theoriekritik präsentiert angesichts des rasanten Aufstiegs der Rechtspopulisten vier Beiträge, die im Rückgriff auf frühere Thesen zur „Faschisierung“ ebenfalls nach Kontinuitäten, Brüchen und Übergängen zwischen Demokratie und Faschismus fragen. Dazu gehört ein Beitrag von Klaus Dörre, der sechs Thesen zur neuen „sozial-nationalen Gefahr“ präsentiert und vor einer Verharmlosung warnt. Klaus Weber nimmt sich in einer Diskursanalyse der Frage an, wie Faschisierungstendenzen im Zusammenhang mit dem Aufstieg der AfD diskutiert werden. Götz Eisenberg diskutiert in seinem Beitrag die Sozialpsychologie des Faschismus, und Stefan Paulus untersucht, wie rechtspopulistische und nazistische Organisationen die „Soziale Frage“ besetzen und rassistisch umdeuten.

www.theoriekritik.ch

Micha Brumlik spricht mit Blick auf Trump und seine soziale Basis, die er als reaktionäre Koalition von Teilen der Arbeiterschaft und Mittelschicht bestimmt, von einem „semifaschistoiden Bonapartismus“.

„Hier der Pöbel, dort exzessiver, dekadenter Reichtum: Das genau ist die Lage, in der sich westliche, postindustrielle Gesellschaften derzeit befinden – und zwar in derart zugespitzter Form, dass eine neue Form des Faschismus nicht mehr ausgeschlossen erscheint. Motor dieses Abgleitens in eine zeitgemäße Form des Faschismus aber ist die durch Digitalisierung und Globalisierung „objektiv“ überflüssig werdende Arbeiterklasse, die in der Führungsmacht des Westens einen Abenteurer wie Donald Trump an die Macht brachte, einen Typus, über den wiederum Marx 1852 alles Nötige gesagt hat. So heißt es am Ende von Marxens „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“: „Von den widersprechenden Forderungen seiner Situation gejagt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Überraschung die Augen des Publikums auf sich [...] gerichtet zu halten, also jeden Tag einen Staatsstreich en miniature zu verrichten, bringt Bonaparte die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr, tastet alles an, was der Revolution von 1848 unantastbar schien, macht die einen revolutionsgeduldig, die anderen revolutionslustig und erzeugt die Anarchie selbst im Namen der Ordnung, während er zugleich der ganzen Staatsmaschine den Heiligenschein abstreift, sie profaniert, sie zugleich ekelhaft und lächerlich macht.“

www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/januar/vom-proletariat-zum-poebel-das-neue-reaktionaere-subjekt

Bei aller Vorsicht, die bei leichtfertigen Faschismusvergleichen angebracht ist, so zehren Faschismus und Rechtspopulismus doch beide von einer langen Tradition geistesgeschichtlicher Kritik an einer Demokratie, die auf Vermittlung des Volkswillens durch Institutionen, Gewaltenteilung und Parlamente fusst. Für Anton Pelinka ist die Demokratiekritik – siehe hierzu auch die Ausführungen im nächsten Kapitel – das zentrale Charakteristikum des Populismus. In seinem hervorragenden Aufsatz „Populismus. Zur Karriere eines Begriffs“ von 2011 beschreibt er die Logik und Attraktivität dieser historischen Argumentationsfigur wie folgt:

„Wenn Demokratie nur die Verschleierung einer Elitenherrschaft ist, dann kann der offene, ehrliche Elitismus eines „Führerstaates“ als ein Fortschritt gesehen werden. Carl Schmitt und andere argumentierten, dass eine durch keinerlei checks and balances relativierte Alleinherrschaft eines „Führers“ den Volkswillen deutlicher und vor allem effizienter zu repräsentieren vermöge als der liberale Parlamentarismus von Westminster oder Weimar.“

www.newacademicpress.at/wp-content/uploads/2015/05/wp-id-Populismus_Lesprobe.pdf

Trotz der bisher genannten Kriterien wird der Populismusbegriff oftmals als beliebig, unscharf und deshalb als Kampfbegriff kritisiert, mit dem missliebige Politik diskreditiert werden sollte (Vergleiche hierzu die Ausführungen im Kapitel 4 „Linker Populismus“). Darüber hinaus gibt es auch eine Reihe von Stimmen, die den Populismus als der bürgerlichen Demokratie strukturell eingeschrieben interpretieren (Winfried Rust). Franz Schandel sieht im Populismus nur die „Zuspitzung“ einer immer schon leeren Demokratie „in Zeiten ihres Verfalls“.

www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/242_populismus/Winfried%20Rust

www.krisis.org/2007/unpopulaeres-zum-populismus-1/

2. Elemente des Populismus

Die Sprache des Populismus

Es ist eine banale Erkenntnis: Politik gründet stets auf Sprache und Kommunikation, und jedes Agieren im politischen Raum, ob als Partei oder als soziale Bewegung, braucht ein strategisches Verhältnis zu Sprache und Rhetorik, um Erfolg zu haben. Entsprechend wird diskutiert, inwieweit es eine spezifische Sprache des Populismus gibt. BefürworterInnen dieser These wie der Politikwissenschaftler Jendrik Neumann sehen bestimmte typische Elemente einer populistischen Sprache, die „einfach und überspitzt“ ist und „sich mithilfe geschickter sprachlicher Stilmittel an den ‚einfachen Bürger‘ wendet“.

<http://politicalscience.blogs.uni-hamburg.de/die-sprache-des-populismus/>

Wesentlich differenzierter sieht die Politologin Paula Diehl das Zusammenspiel von Populismus, Massenmedien und herkömmlicher Politik.

„Aber auch wenn der Populismus des 21. Jahrhunderts immer hybrider wird, bleibt die Anpassung an die massenmedialen Aufmerksamkeitsregeln eine wichtige Konstante; man kann sogar behaupten, dass die Massenmedien Populismus befördern. Es stellt sich daher die Frage, ob es die Populisten sind, welche die Massenmedien besonders gut nutzen können, oder ob es die Massenmedien sind, die durch ihre Aufmerksamkeitsregeln Politiker und Politikerinnen dazu bringen, sich populistisch zu verhalten. Womöglich kann zwischen beiden Kausalitäten nicht mehr genau unterschieden werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich Populismus und Massenmedien in manchen Punkten überschneiden und gegenseitige Abhängigkeiten erzeugen.“

Die These, gegenwärtige Populisten nutzen die modernen Massenmedien und die genannten Mechanismen der Aufmerksamkeit besonders geschickt, wird auch von einigen LinguistInnen gestärkt. Die in der Tradition des Linguisten George Lakoff stehende Elisabeth Wehling schreibt der Sprache einen enormen Einfluss auf Meinungsbildungsprozesse zu. Nach Lakoff denken Menschen – verkürzt zusammengefasst – zumeist und unbewusst in Metaphern. Bestimmte Wörter oder Begriffe aktivieren jeweils ein bestimmtes „Frame“, welches wiederum bestimmte Assoziationen hervorruft. Wehling gibt ein Beispiel:

„Stellen Sie sich beispielsweise vor, Sie seien krank und müssten darüber entscheiden, ob Sie operiert werden wollen. Ein Arzt sagt Ihnen, dass es eine zehnpromzentige Sterbewahrscheinlichkeit gebe. Ein anderer Arzt sagt, dass Sie die Operation mit neunzigprozentiger Wahrscheinlichkeit überleben würden. Die Fakten sind die gleichen, aber Sie entscheiden sich jeweils anders. Die beiden Wörter »sterben« und »leben« verändern Ihre Wahrnehmung – ohne dass Sie es merken. Wer glaubt, wir Menschen würden nur auf Basis von Fakten entscheiden, unterliegt einer Illusion.“

www.zeit.de/2016/10/sprache-manipulation-elisabeth-wehling

Trump habe im Gegensatz zu Clinton das richtige Framing benutzt, es also verstanden, eine „ideologische Geschichte zu erzählen, die genau zur strengen amerikanischen Weltsicht passt. Sozialdarwinismus, Wettbewerb, Fürsorge als Konzept der Verweichlichung.“

www.sueddeutsche.de/politik/sprache-und-politik-wie-sprache-bestimmt-wen-man-waehlt-1.3315629?reduced=true

Paula Diehl geht noch einen Schritt weiter. Die Populisten wie Trump schmiegteten sich nicht nur erfolgreich an die Erfordernisse der Massenmedien an, sie „scheinen vielmehr auf radikale Weise die neue Inszenierungsdynamik der Massenmedien voranzutreiben. Selbstreferenzialität und Dekonstruktion sind hier ebenso wichtig wie der Rückgriff auf die populistische Logik mit dem Appell an das Volk und der emotionalen Bindung an den Leader. Gerade weil politische Akteure zunehmend mehrere Logiken in ihrer Kommunikation kombinieren, werden sie immer wieder mit neuen Populismus-Kategorien gedeutet wie etwa »Medienpopulismus«, »Telepopulismus« oder »postmoderner Populismus«.

Neuerdings wird öfter das Attribut „postfaktisch“ gebraucht, um die von Diehl angesprochene Flexibilität in der Argumentation und Rhetorik zu fassen. Abgestellt wird dabei weniger auf den offensichtlichen Gebrauch von Falschaussagen bei Trump („Der Klimawandel ist eine Erfindung“) oder Boris Johnson, wonach Grossbritannien täglich 350 Millionen Pfund an die

EU überweisen müsse, sondern vielmehr auf die Tatsache der Folgenlosigkeit, worauf Evelyn Roll in einem viel beachteten Essay „Die Lüge“ verweist: „Früher galt in der Politik die Regel: Wer lügt und dabei zum falschen Zeitpunkt erwischt wird, geht. Heute wird man mit sowas Aussenminister.“ Die Autorin sieht hierfür den Wandel der Medienlandschaft und des Verhältnisses der Menschen zu Informationen als massgeblich an, wenn Sie schreibt: „Vierundvierzig Prozent der Amerikaner konsumieren Nachrichten oder das was sie dafür halten, nur noch auf Facebook.“ Gleichwohl hält sie es für fatal, deshalb vom „postfaktischen Zeitalter“ zu reden und somit die „Demokratie“ aufzugeben. Damit würde man sich „der fixen Idee unterwerfen, es sei an dieser sich selbst erzeugenden und verstärkenden Lügenkultur, vor allem in den sozialen Medien, nun einmal nichts mehr zu ändern.“ Sich gegen diese Lügenkultur zu stemmen, könne nun aber nicht bedeuten auf gleichem Terrain mit den gleichen Methoden gegenzusteuern:

„So wie Rechtspopulismus, nicht mit Rechtspopulismus bekämpft, sondern nur stark gemacht werden kann, dürfen demokratische Parteien ihre Inhalte und Botschaften nicht für Klicks mit falschen oder auch nur geschönten Angaben aufmotzen, jedenfalls nicht wenn ihnen an der Zukunft der Demokratie etwas liegt.“

www.sueddeutsche.de/leben/demokratie-vs-postfaktisches-zeitalter-die-luege-1.3254089?reduced=true

Antiintellektualismus

Die geringe Bedeutung und Wertschätzung von Fakten durch PopulistInnen geht einher mit einer ausgewiesenen Kritik an Intellektualität, die als (vom Volk) abgehoben denunziert wird. Karin Priester schreibt dazu:

„Aus populistischer Sicht ist der »gesunde Menschenverstand« dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen, weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruhe, noch nicht vom Virus des modernen Skeptizismus infiziert sei und daher noch einen unverfälschten, »gesunden« Zugang zu Recht und Wahrheit habe. Dazu meinte Timo Soini, Vorsitzender der Wahren Finnen: »Gelehrte Theoretiker, arrogante Bürokraten, kaltherzige Technokraten, verständnislose Zentralisierer, Anbeter des großen Geldes und aalglatte Avantgarde-Denker trauen dem Volk nicht. Sie missachten die Ansichten des Volkes, weil sie glauben, das Volk sei dumm und abgestumpft und die Weisheit liege bei Experten und einer vom Alltagsleben abgeschotteten Elite.“

Auch der österreichische Autor und Herausgeber der Zeitschrift Literatur und Kritik Karl-Markus Gauß sieht dieses antiintellektuelle Auftrumpfen als Teil einer generellen Verschiebung der Bedeutung von Intellektualität. Anhand einer schönen Skizze zweier populärer österreichischer Politiker illustriert er diese Verschiebung:

„Manchmal erkennt man erst im Nachhinein, wann eine Epoche zu Ende gegangen ist und was sie ausgemacht hat. Bis 1983 amtierte in Österreich als Bundeskanzler ein Großbürger, der es liebte, die Nation mit seiner Bildung zu beeindrucken. Wann immer der Sozialdemokrat Bruno Kreisky zum Gespräch gebeten wurde, vergatterte er sein verzückt lauschendes Publikum zu gelehrsamem Exkursen, an denen er selbst seine hörbare Freude hatte. Dass er ein Vielleser war, betonte er gerne, und als sein Lieblingsbuch hat er stets Robert Musils »Der Mann ohne Eigenschaften« bezeichnet, ein schwieriges Meisterwerk der modernen Erzählkunst, das auch von Germanisten häufiger gerühmt als gelesen wird. Mich interessiert gar nicht, ob Kreisky seine Freizeit tatsächlich am liebsten damit zubrachte, sich in Musils literarisches Monumentalgemälde zu vertiefen; mich fasziniert vielmehr, dass er dies seine Wähler, zu denen damals nahezu die gesamte Arbeiterschaft gehörte, immerhin glauben machen wollte. Ein paar Jahre später stieg ein anderer Typus zum mächtigsten konservativen Politiker Österreichs auf, der seither manchen Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei gekürt und wieder zum Rücktritt gezwungen hat und der als einziger der Landeshauptmänner (Ministerpräsidenten) seiner Partei noch zuverlässig absolute Mehrheiten sichert: der Niederösterreicher Erwin Pröll, ein machtbewusster Mann, gleichermaßen bewundert wie gefürchtet. Was für Kreisky Robert Musil, das war für Pröll Karl May, hat er doch mit geradezu auftrumpfendem Trotz behauptet, dass »Der Schatz im Silbersee« nicht nur sein Lieblingsbuch sei, sondern dass es auch das Einzige wäre, das er je zu Ende gelesen habe. Auch bei Pröll ist nicht wichtig, ob das, was er von seiner literarischen Vorliebe öffentlich machte, stimmt oder nicht. Ich bin mir sicher, dass er den Einbuchleser nur spielt und in Wahrheit ein belesener Mensch ist, aber er hält das für einen Makel, den es vor der Wählerschaft besser zu verbergen gilt.“

www.sueddeutsche.de/politik/gastkommentar-dummheit-1.3298828

Pröll ist kein FPÖ-Mann, und dass ist für die Pointe in dem Essay entscheidend. Denn die Verschiebung zeige nicht, dass ein „postfaktisches Zeitalter“ angebrochen sei und damit eine

Ära vorbei sei, in der „allenthalben die aufgeklärte Bereitschaft, sich frei von eigenen Interessen und Absichten auseinanderzusetzen“ geherrscht habe. „Seit Jahrzehnten wird medial auf allen Kanälen die Dummheit propagiert. Jetzt ist der Jammer groß, dass so viele Leute, gewohnheitsmäßig unterfordert, sich nicht mehr mit der fröhlichen Dummheit der Shows zufriedengeben, sondern der bellenden des politischen Kampfes verfallen.“

Zweifellsohne berührt der Antiintellektualismus des Populismus einen rationalen Kern, insoweit es einen elitären Sprachgebrauch gibt, der u.a. der Herrschaftssicherung und Ausgrenzung dient. Doch pervertiert sich die Sprache des Populismus – wie gezeigt – selbst wiederum ins Instrumentelle und Exklusive. Auch im folgenden Aspekt – der Kritik an Demokratie durch den Rechtspopulismus – zeigt sich die spezifische populistische Pervertierung von Momenten rationaler Kritik.

Demokratiemkritik des Populismus

Ein wesentliches und erfolgreiches Element des Populismus ist seine Kritik am Zustand der Demokratie, die sich vom eigentlichen Sinn der Demokratie (der Herrschaft des Volkes) entfernt habe. Aus zwei Gründen rührt der Populismus damit an der Achillesferse der real existierenden Demokratien. Zum einen lassen sich zahlreiche Tendenzen beschreiben, die plausibel machen, dass aus den strukturellen Defiziten der Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen längst eine »Postdemokratie« geworden ist.

Zum anderen kann die Kritik am Zustand der Demokratie als emanzipatorisch erscheinen indem sie vorgibt, die Bevormundung des Volkes durch korrupte Eliten zu bekämpfen. Für Karin Priester (s.o.) leiten die PopulistInnen aus der Berufung auf den common sense die Abneigung gegen demokratische Institutionen ab.

„Da sich im Anspruch auf Bildung des politischen Willens nur der Herrschaftswille gegenüber dem Volk manifestiere, fordern Populisten eine ungefilterte politische Willensartikulation und lehnen intermediäre Organe als Instrumente der »Bevormundung« ab. Aber im Unterschied zu direktdemokratischen Verfahren, die auf der Kontrolle (dem gebundenen Mandat) der Delegierten durch die Delegierenden beruhen, befürworten sie einen spontanen Voluntarismus in einer Akklamationsdemokratie. In Europa treten sie für Plebiszite und Referenden ein, halten es aber in der Schwebel, ob diese die parlamentarisch-repräsentative Demokratie lediglich ergänzen oder nicht eher ersetzen sollen.“

Frank Decker, Professor für Politische Wissenschaft an der Uni Bonn wertet den Populismus als eine Antwort auf die Repräsentationskrise der Demokratie, die entstanden sei, weil »der Bedeutungsverlust der Ideologien, die Auflösung traditioneller Konfliktlinien und die abnehmende Steuerungsfähigkeit der Politik (...) den Parteienwettbewerb verändert« hätten.

Die Forderung nach mehr direkter Demokratie in den Programmen neuerer populistischer Parteien wie der AfD bezieht ihre Motivation stark aus den Erfolgen, welche die rechtskonservativ-neoliberale Schweizerische Volkspartei (SVP), mit den von ihr lancierten oder unterstützten Referenden in den vergangenen Jahren erzielen konnte. Das Beispiel Schweiz zeigt, wie direkte Demokratie populistischen Parteien in die Hände spielen kann. So hat die SVP mehrere rassistische Initiativen lanciert und unter Einsatz des ganzen Arsenal populistischer Rhetorik (und einem enormen Budget) gewonnen. Begünstigen also Volksentscheide, wie sie eigentlich traditionell von linken Bewegungen gefordert werden, den Rechtspopulismus, und sollten sie deshalb abgelehnt werden? Einige Stimmen in der liberalen und linken Diskussion legen dies nahe, etwa Frank Decker in seiner aktuellen Streitschrift »Der Irrweg der Volksgesetzgebung«.

Jens-Christian Rabe erinnert in diesem Zusammenhang an die Grundprinzipien der europäischen Demokratie, die nach 1945 mit der Gewaltenteilung in Judikative, Exekutive und Legislative bewusst als republikanisches Gegenmodell zur unmittelbaren Volksherrschaft konzipiert worden sei. *„Es ist kein Zufall, dass die Populisten überall die lautstärksten Lobbyisten von unmittelbarer Demokratie und Volksentscheiden sind. Derzeit zeigt die Entmachtung der Verfassungsgerichte in Polen, Ungarn und der Türkei durch rechtskonservative oder autokratische Regierungen, wie schnell es im Namen des Volkes mit der Teilung der Gewalten und liberalen Freiheiten, die für allzu selbstverständlich gehalten werden, vorbei sein kann. Der amerikanische Philosoph Jason*

vgl. hierzu die Diskussionen zur Postdemokratie im Denknetz Diskurs # 22
www.denknetz.ch/postdemokratie

www.bpb.de/apuz/75850/populismus-und-der-gestaltungswandel-des-demokratischen-parteienwettbewerbs

Vgl. zu diesen Diskussionen auch die Hinweise im Denknetz-Diskurs (Post-)Demokratie
www.denknetz.ch/sites/default/files/denknetz_diskurs_22_post-demokratie.pdf

Brennan etwa vertritt deshalb in seinem viel beachteten neuen Buch »Against Democracy« die Ansicht, dass allzu weitreichende demokratische Teilhabe den Menschen nicht besser mache, sondern vielmehr jeden Anstand und gesunden Menschenverstand vergessen lasse. Brennan plädiert in alter philosophischer Tradition (Platon etwa wollte die Philosophenherrschaft, John Stuart Mill Bonusstimmen für Uni-Absolventen) am Ende für eine »Epistokratie«, also die Herrschaft der Bescheidwisser. Soweit muss die Skepsis gegenüber Bevölkerung und Demokratie nicht gehen. Mehr Wachsamkeit beim Schutz der grundsätzlichen (republikanischen) Architektur unserer Ordnung ist inzwischen dennoch geboten.“

www.sueddeutsche.de/kultur/debatte-damit-nicht-gleich-alle-stricke-reissen-1.3306545

Argumentiert wird oftmals, dass die Engführung komplexer Sachverhalte auf eine griffige Parole, die mit ja oder nein zu beantworten ist, den Populisten in die Hände spiele, zumal mit Zuspitzungen auch jene Stimmberechtigten zu gewinnen seien, die nicht in der Lage oder willens sind, sich umfassender mit den dahinterliegenden Sachverhalten auseinanderzusetzen. Für den Politikwissenschaftler Jan. W. van Deth drückt sich hier ein prinzipielles Dilemma der heutigen Demokratie aus. Trotz einer steten Ausweitung von institutionellen Formen von Bürgerbeteiligung seien, so das Ergebnis von „sieben Jahrzehnten empirischer Partizipationsforschung“, heute nach wie vor soziale Unterschichten unterrepräsentiert. Populisten gäben den Verlierern – begünstigt durch Referenden und vor allen Dingen durch soziale Medien – nun erstmals eine Stimme. Van Deth zu Folge wäre es aber falsch nun Referenden oder soziale Medien zu diskreditieren. Vielmehr müssen sich Demokratien fragen, wieso sie offenbar unfähig sind „permanente Verlierer einzubinden“.

www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/profiles/jan-van-deth

www.sueddeutsche.de/politik/populismus-weshalb-demokratien-heute-besonders-wachsam-sein-muessen-1.3399116-2

Nicht eine Einschränkung von Partizipation sei angezeigt, sondern die Schaffung von Voraussetzungen, um formale Partizipationsmöglichkeiten auch zu einer realen Partizipation breiterer Bevölkerungsschichten werden zu lassen. Aus Sicht des Denknetzes bedarf es hierzu eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels hin zu einer „substanziellen Demokratie“ – etwa durch eine Demokratisierung der Wirtschaft und der Unternehmen. Die SVP sei nicht wegen der direkten Demokratie stark geworden, sondern aufgrund der Krise der Demokratie bzw. der mangelhaften Substanz der Demokratie im Kapitalismus unter der Dominanz des Neoliberalismus.

www.reclaim-democracy.org/starke-demokratie

Antifeminismus

Ein zentrales Element des Rechtspopulismus ist eine aggressive Kritik an vielen gesellschaftlichen Errungenschaften, die infolge des beharrlichen Wirkens des Feminismus erzielt worden sind. Sei es das Recht auf Abtreibung, sei es das Recht auf Gleichstellung, sei es der – wenn auch brüchige – Konsens, das Wirken tradierteter Geschlechterverhältnisse in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen überhaupt zu analysieren. Die Agitation gegen »die Auswüchse des Gendermainstreaming« – das oftmals als »Zwangsgenderisierung« diskreditiert wird – gibt vor, für den Schutz der Familie und des Kindes einzustehen und ist somit anschlussfähig an einen Antifeminismus der Mitte, so die Soziologin Rebekka Blum.

Rebekka Blum: Angst um die Vormachtstellung. Antifeminismus und Genderhass sind ein Bindeglied zum Rechtspopulismus, in: IZ3W 359 März/April 2017

Dies gelingt umso eher, als zumindest formal Gleichberechtigung nicht per se abgelehnt wird; im Gegenteil werden die Rechte der Frauen explizit betont, wenn es darum geht die Rückständigkeit des Islams anzuprangern. Franziska Schutzbach vom Zentrum Gender Studies der Uni Basel deutet diese vermeintliche Widersprüchlichkeit des Rechtspopulismus bezüglich der Gleichstellung wie folgt:

„Frauenfeindlichkeit oder Homosexuellenfeindlichkeit wird nur bei Muslim_innen oder anderen Migrant_innen vermutet, während die Geschlechterordnung, die man sich selbst attestiert, keine solchen Probleme aufweise. In diesem Sinne stehen auch die starken rechten Frauenfiguren (Magdalena Martullo-Blocher, Marine le Pen, Frauke Petry usw.) oder homosexuelle SVP-Politiker für die eigene Toleranz – allerdings nur, solange diese das Nationalisierungsprojekt unterstützen. Mit anderen Worten: In der neuen Rechten ist das Kunststück möglich, gleichzeitig für und gegen Gleichstellung zu sein. Man gibt sich pro Gleichberechtigung, wehrt aber jegliche Forderung ab, diese auch rechtlich zu fixieren und materiell umzusetzen. ‚Frauenrechte‘ werden als abendländischer Fortschritt behauptet, gleichzeitig schießt die neue Rechte scharf gegen ein ‚genderistisches‘ „zu Viel“ an Emanzipation und zieht eine Grenze: bis hierher und nicht weiter.“

<http://geschichtedergegenwart.ch/gender-feminismus-der-rechtsnationale-ekel-vor-gleichmacherei/>

Inkonsistenz hingegen herrscht im rechtspopulistischen Spektrum bezüglich der Frage, inwieweit und wie viel Frauen Erwerbsarbeit leisten sollen bzw. dürfen. Während Parteien wie die

SVP ein betont konservatives Frauenbild pflegen, scheint die neoliberale Wirtschaftsprogrammatik etwa der niederländischen Freiheitspartei frei von „veralteten Frauenbildern“ zu sein. Sie propagiert vielmehr den freien Markt, der eben auch die vollständige Mobilisierung von Frauen für den Arbeitsmarkt verlangt. Insgesamt ist eine genaue Analyse des Verhältnisses von Rechtspopulismus und Frauenerwerbsarbeit schwierig, da die wirtschafts- und sozialpolitischen Programme der entsprechenden Parteien in der Regel äusserst knapp und vage gehalten sind.

3. (Ursachen-)Analysen

Ungleichheit, Globalisierungsangst, kulturelle Entfremdung

Spätestens mit dem Wahlsieg Trumps in den USA scheint sich die Ansicht durchzusetzen, wonach der dem Zuspruch für Populisten zugrunde liegende Zorn vieler Menschen „ernst genommen werden müsse“. Haftete früheren Analysen oftmals etwas Despektierliches an, etwa wenn von den „Ängsten des kleinen Mannes“ die Rede war, die durch geschickte Demagogie überhaupt erst konstruiert würden, werden diese Ängste nun als real und begründet dargestellt. Exemplarisch sei hierfür aus einem Leitartikel von Carolin Emcke in der Süddeutschen Zeitung zitiert.

„Ich hatte es mir anders erhofft, aber überrascht hat mich die Wahl von Donald Trump nicht. Ich bin nur komplett ratlos, wie sie gedeutet werden soll. Dass Trump der nächste amerikanische Präsident werden könnte, erschien mir, allen Umfragen zum Trotz, so wahrscheinlich wie furchteinflößend. Auch der bittere Zorn, der nun wahlweise als Unmut einer objektiv vergessenen Arbeiterklasse, als Angst einer sich subjektiv als nicht mehr ausreichend abgesichert empfindenden Mittelschicht oder als objektiv-subjektiver Rassismus gelesen wird, schien mir keineswegs neu zu sein. Allen, die sich in den vergangenen Jahren auch nur ein bisschen außerhalb der urbanen Zentren der Vereinigten Staaten bewegt haben; allen, die mal mit hochdekorierten Veteranen gesprochen haben, die zwar in Afghanistan oder dem Irakkrieg kämpfen durften, aber mittlerweile unter den Autobahnbrücken in abgeranzten Zelten hausen müssen; allen, die mal in den vergangenen Jahren die de-industrialisierten Brachen und Ruinen von Detroit besucht haben oder die Straßenzüge um Las Vegas, in denen nach der Finanzkrise ein Haus neben dem anderen zur Zwangsversteigerung angeboten wurde, oder die auch nur die Essays von John Jeremiah Sullivan über die inneren Paradoxien Amerikas gelesen haben, konnte dieser Zorn nicht verborgen geblieben sein.“

Ein solches „Ernstnehmen“ von Ängsten wird auch explizit gegen einen (vermeintlich) psychologisierenden Blick auf jene Menschen stark gemacht, die populistische Parteien wählen. Jan-Werner Müller etwa:

„Ich wehre mich immer gegen diese psychologisierende Perspektive. Man ist sehr schnell mit allen möglichen Gefühlen bei der Hand, die man den Populismusopfern zuschreibt: Sie werden verführt, sind alle ressentiment- oder wutgeladen, sind die Frustrierten, die Verängstigten. ... Ich will nicht in Abrede stellen, dass das auch der Fall sein kann. Aber wir sagen damit indirekt, die Leute können nicht selber denken, die sind den falschen Versprechen oder eigenen Wutausbrüchen ausgeliefert. Wenn wir »die Masse der Verführten« als Opfer von Demagogen behandeln, sind wir auf einer abschiessigen Bahn. Wir werden selber verführt von Annahmen, die typisch sind für die Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts und die Modernisierungstheorie der fünfziger Jahre: Die Masse ist angeblich irrational und hat Angst vor der Moderne. Diese Sicht ist heute sehr weit verbreitet. So schrieb Tony Blair einmal, viele Leute könnten die moderne Welt schlicht nicht verstehen. Da wäre ich vorsichtig.“

Ähnlich äusserte sich auch der britische Soziologe David Hirsch mit Blick auf das Brexit-Referendum: *„Es ist verlockend, zu sagen, dass das Ergebnis des Referendums ein Protest gegen Exklusion und Armut war. Die Gefahr ist aber, dass man hier unbeabsichtigt diese Wähler für unmündig erklärt, denn sie haben sich dazu entschlossen, gegen die EU zu stimmen, und viele von ihnen haben es getan, um die Immigration zu stoppen. Wir sind unfair ihnen gegenüber, wenn wir sagen, dass ihre reale Intention die Erholung der Wirtschaft, ein besseres Sozial- und Schulsystem war.“*

Allerdings herrscht einige Konfusion darüber, aus was sich die Ängste und der Zorn denn genau speisten. Der viel beachtete Hinweis auf die Wahlstatistik, wonach 80% der mittelständischen Wähler aus dem sogenannten Bible Belt für Trump wählten motivierte eine Lesart, die sehr schnell viel Zustimmung erhielt. Clinton, die demokratische Partei sowie die diesen

vgl. hierzu die Diskussionen zur Postdemokratie im
Denknetz Diskurs # 22
www.denknetz.ch/postdemokratie

www.sueddeutsche.de/politik/kolumne-zaesur-1.3266617

www.zeit.de/zeit-wissen/2016/05/populismus-politikwissenschaft-jan-werner-mueller-interview

<http://jungle-world.com/artikel/2016/27/54387.html>

nahestehenden akademischen und kulturellen Eliten hätten in den vergangenen Jahren die Belange benachteiligter Gruppen wie die der Latinos, der Frauen, der Lesben-, Schwulen- und Transgenderbewegung in den Vordergrund gerückt und durch diesen »Identitäts- und Diversityliberalismus« Menschen, die auf traditionell konservativen Werten bestünden, ausgegrenzt.

www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html?_r=2

Kurz nach der Wahl Trumps machte sich Marl Lilla in der New York Times für diese Sichtweise stark und proklamierte das Ende des „Identitätsliberalismus“. Viele internationale Kommentare bezogen sich in der Folge auf diesen Ansatz, Zeitungen wie die NZZ druckten ihn in deutscher Übersetzung ab.

www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linksliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695

Ijoma Mangold zufolge erkläre diese These aber eben nicht nur den Erfolg von Trump bei den Evangelikalen, sondern auch bei den Stahlarbeitern: „Rust Belt und Bible Belt kamen zur Deckung“, weil die kulturelle Linke beide vergessen hatte. Mit Lilla verweist Mangold – exemplarisch für eine Fülle von weiteren Analysen – dabei auf einen Text des amerikanischen Philosophen Richard Rorty von 1998, in dem er die neuere Entwicklung vorhergesehen habe. Im leider vergriffenen Buch „Stolz auf unser Land“ habe er kritisiert – so Jens Christian Rabe – dass Linke und Liberale lieber Kulturpolitik als echte Politik machten, was zu einer »Flutwelle von Unmut« führe und genau den Hass zurückbringen werde, den die Linke eigentlich ausrotten wollte. Solange die Unterschicht, so Rorty, mit Hilfe der Medien »von ihrer eigenen Verzweigung abgelenkt« werde, hätten die Reichen nichts zu befürchten. Sobald den Arbeitern aber klar werde, dass die Regierung nichts tue gegen ihre schrumpfenden Gehälter und die Abwanderung ihrer Jobs ins Ausland, sobald klar sei, dass ihnen auch die (selber verunsicherte) Mittelklasse nicht helfe, würde »etwas kaputt gehen«. Viele würden zu dem Schluss kommen, dass »das System versagt habe« - und sich nach einem starken Mann umsehen, einem, der ihnen verspräche, dass all die »blasierten Bürokraten, verschlagenen Anwälte, überbezahlten Investmentbanker und postmodernen Professoren« nichts mehr zu sagen haben werden.

www.zeit.de/2016/50/identitaetspolitik-debatte-rassismus-rechtsextrismus-linke-rechte-liberalismus

Ebenfalls eine Referenzgrösse für die These vom Vernachlässigen der sozialen Frage durch die Linke stellt mittlerweile die kürzlich auf Deutsch erschienene Autobiographie des französischen Soziologen Didier Eribon „Rückkehr nach Reims“ dar. Eribon analysiert darin das proletarisch kleinbürgerliche Milieu von Reims, das einst kommunistisch geprägt war, heute jedoch dem Front National zugeneigt ist. Zugleich warnt Eribon – auch als Vertreter der LGBT-Bewegung (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) - Diversity nun als neoliberale Erfindung abzutun, die vom Klassenkampf abhalte. Vielmehr müsse die Perspektive beide Aspekte vereinen:

„Wenn eine es eine linke Partei gäbe, die für die Rechte der Arbeiterklasse genauso einstehten würde wie für die Rechte der LGBT-Community, der ethnischen Minderheiten und all den anderen, könnte das eine Instanz sein, die zwischen diesen Gruppen vermittelt und ihnen bewusst macht, wie sehr sich ihre Situationen ähneln, anstatt sie zu Gegnern zu erklären.“

www.zeit.de/kultur/2016-07/didier-eribon-linke-angela-merkel-brexit-frankreich-front-national-afd-interview

Die soziale Frage als Einwanderungsfrage

Innerhalb der linken, linksliberalen und intellektuellen Debatte scheint also halbwegs Einigkeit darüber zu herrschen, dass die soziale Frage vernachlässigt worden sei. Bei genauerem Hinsehen fällt allerdings auf, dass nicht klar ist, was unter einer Rückbesinnung auf die soziale Frage zu verstehen wäre. Beispielhaft lässt sich dies am Vorstoss von SP-Mitglied Rudolf Strahm zeigen. In seinem Essay für den Tagesanzeiger/Bund vom 15.11.2016 kritisiert er die Sozialdemokratie vehement dafür, dass sie die Arbeiterschaft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vergessen habe. Allerdings sei nun keine Rückkehr zum Klassenkampf angesagt, wie es das SP-Wirtschaftsprogramm vorsehe. „Mit Klassenkampfrhetorik“ hole „man keine Arbeitnehmer zurück“, so Strahm, es gehe um Migrationspolitik im folgenden Sinne:

„Die SP hat völlig verkannt, wie stark die Migrationsproblematik die Wähler beschäftigt. Mit dem Ideal der freien Zuwanderung hat sie die pragmatische Intelligenz und die existenziellen Interessen einer breiten Arbeitnehmerschaft schlicht ignoriert. Die Karriere-, Berufsbildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse der nicht akademischen Arbeitnehmerschaft und der jungen Berufswerber hat sie vernachlässigt. Die erfolgreiche Themenführerschaft für einen griffigen Inländer-vorrang auf dem Arbeitsmarkt – der notabene von der gesamten Arbeitnehmerschaft dringend gewünscht wird – überliess sie dem freisinnigen Gipsermeister Philipp Müller.“

www.tagesanzeiger.ch/ausland/amerika/aufstand-von-unten/story/31008555

Wie zu erwarten löste der Beitrag eine rege Kontroverse innerhalb der Sozialdemokraten aus. SP-Nationalrat Cedric Wermuth stimmte Strahm auf seinem Blogbeitrag – der wiederum rege kommentiert wurde – hinsichtlich seiner These von der „Akademisierungsfalle“ zu, wandte sich jedoch vehement gegen Strahms Versuch, die soziale Frage nicht als Klassen-, sondern als Migrationsfrage zu bestimmen.

<http://cedricwermuth.ch/sind-wir-eigentlich-becheuert-eine-antwort-an-ruedi-strahm/>

Eine Studie von Catherine de Vries und Isabell Hoffmann für die Bertelsmann Stiftung fragte europaweit nach den Einstellungen der Menschen zu Globalisierung und zu traditionellen Werten. Bei den Anhängern sogenannter populistischer Parteien war die Angst vor der Globalisierung am grössten. Auffällig war, dass das Thema traditionelle Werte kaum eine Rolle spielt, wie dies für die Anhänger Trumps in der Regel konstatiert wird:

www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf

Sebastian Friedrich warnt in Analyse und Kritik 621 (2016) davor, bei der Ursachenanalyse die soziale Frage gegen die kulturelle Frage auszuspielen und darüber die gesellschaftlichen Bedingungen des Populismus zu ignorieren:

„Der rechte Kulturkampf und die berechtigten materiellen Sorgen von Teilen der Arbeiterklasse bilden eine ausgezeichnete Grundlage für eine reaktionäre Verarbeitung von Abstiegsängsten. Reaktionär sind diese, da sich nach einer Zeit zurückgesehnt wird, in der die eigene Stellung unter den Ausgebeuteten im Vergleich zu den anderen Ausgebeuteten besser war; reaktionär sind sie auch, weil sie letztlich nur eine Krisenverarbeitung innerhalb des neoliberalen Paradigmas sind. Nicht Kämpfe um höhere Löhne, gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, für Umverteilung stehen auf der Tagesordnung, sondern der Kampf gegen andere Gruppen, die sich auf dem nationalen – und weltweiten – Arbeitsmarkt wiederfinden. Trump hat es bestens verstanden, diese Nachfrage zu bedienen.“

www.akweb.de/ak_s/ak621/42.htm

Neoliberalismus und die soziale Basis des Rechtspopulismus

Verfügbaren Wahlanalysen und Studien zufolge finden die Rechtspopulisten ihre Anhänger vornehmlich in der Arbeiterschaft, der unteren und mittleren Mittelschicht. Sie haben in städtischen, traditionell links orientierten Milieus in den letzten Jahrzehnten deutlich zugelegt, auch wenn Studien, die über die blosse sozioökonomische Stellung (Einkommen und Vermögen) hinausgehen zeigen, dass die Basis tendenziell eher in ländlichen Regionen sowie in traditionell-konservativen Milieus zu finden ist (beispielsweise hat Trump in ländlichen Regionen und Kleinstädten 62% der Stimmen geholt).

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auf das Paradox hingewiesen, dass der Rechtspopulismus damit Zulauf genau von jenen erhält, gegen die sich die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Rechtspopulisten meist richtet. Trump will Obamas Gesundheitsreform abschaffen, die AfD wendet sich gegen eine Erbschafts- und Vermögensteuer, und Parteien wie die FPÖ und die SVP bringen sich (oft mit Vehemenz) gegen Gewerkschaften und (Sozial-)Staat in Stellung. Mit Blick auf die soziale Herkunft der rechtspopulistischen Führungsriege spitzt Georg Seeßlen in seinem Essay »Gewinner, die Verlierer führen« diese Paradoxie zu:

„Superreiche und Reiche, Vertreter der Finanzwirtschaft, der Oligarchen und des Feudalismus führen Menschen, die von der Angst um ihren Arbeitsplatz, um ihren Wohnraum umgetrieben werden. (...) Die rechtspopulistischen Bewegungen drücken neben den Ängsten und dem Hass der Verlierer im Neoliberalismus das Interesse seiner Gewinner aus: Sie sind das militanteste Instrument der Privatisierung. Der Rechtspopulist will in Wahrheit abschaffen, was er gegen die „Fremden“ zu verteidigen vorgibt: den Sozialstaat und den politisch-moralischen Grundkonsens, der dem Verwertungsinteresse des Krisenkapitals noch Hindernisse entgegen setzen könnte.“

Wieso aber dann der Erfolg bei den »Verlierern«? Klar, versprochen werden Arbeitsplätze für Einheimische, indem die Grenzen für MigrantInnen und Geflüchtete geschlossen und protektionistische Massnahmen gegen im Ausland produzierte Güter ergriffen werden sollen. Tragfähig sei dieser Wohlstandchauvinismus aber nicht, denn

„die Rechtspopulisten bringen ihre Anhänger auf lange Sicht auch um ihre Zukunft. Denn die Globalisierung geht weiter: Man kann heute ein paar Flüchtlinge verjagen, aber man wird morgen dennoch keinen Job in einem internationalen Konzern bekommen, wenn man nicht gelernt hat, mit kultureller Vielfalt umzugehen. (...) Der Rechtspopulismus scheint den Verlierern eine Stimme zu geben. In Wirklichkeit beraubt er sie um die Chancen für morgen.“

www.taz.de/15285194/

Eine Antwort auf dieses Paradox ist die These, dass der Rechtspopulismus nicht nur eine Folge der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte ist, sondern dass er in gewissem Sinne

die Zuspitzung der neoliberalen Ideologie selbst sei. Johannes Simon schreibt in seinem Essay »Schatten des Neoliberalismus«: »Neoliberale Reformen haben, hinter der Rhetorik von Liberalisierung und Innovation, eine tiefe Affinität zur Ideologie der politischen Rechten. Sie teilen vor allem ein grundsätzlich negatives Menschenbild«. Eine zentrale Ebene dieser Affinität ist für Simon der Paradigmenwechsel im Umgang mit Arbeitslosen, den die neoliberale Sozialdemokratie unter Blair und Schröder vollzogen habe. Demnach seien »Arbeitslose nicht mehr Inhaber sozialer Rechte, sondern minderwertiges Humankapital, das diszipliniert und anderweitig »verbessert« werden« müsse. In der Tat zeigt etwa der Blick auf die Programmatik der AfD, dass der Rechtspopulismus eine deutliche weitere Verschärfung der Workfarepolitik propagiert. Im konservativen Weltbild ist der Affekt gegen »Arbeitsscheue« ohnehin zentral, wobei die Flexibilität des Populismus einheimische Arbeitslose je nach Bedarf von dieser Hetze ausnimmt, indem dann Arbeitslosigkeit als Folge der Überfremdung gedeutet wird.

<https://johannessimon.org/2017/01/29/im-schatten-des-neoliberalismus-die-gazette/>

Nach oben buckeln, nach unten treten: Der autoritäre Charakter

Im Anschluss an die These von der Affinität zwischen neoliberaler und rechter Ideologie gibt es Stimmen, die im rechtspopulistischen Wähler den Wiedergänger des klassischen autoritären Charakters sehen, wie ihn die sogenannte Kritische Theorie bzw. die Frankfurter Schule im vergangenen Jahrhundert angesichts von Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus beschrieben und zu erforschen versucht hatte. In wenigen Worten lässt sich das Konzept der Autoritären Persönlichkeit wie folgt beschreiben. Fortwährende Kränkungen wie Ausbeutung und Autonomieverlust können unter bestimmten Umständen zu Selbsthass führen, der Adorno zufolge in dem Grundwiderspruch der Zivilisationsgeschichte begründet ist, „daß man einst wider das Lustprinzip agieren mußte um der Selbsterhaltung willen; obwohl doch die auf ein Minimum reduzierte Arbeit nicht länger mit Verzicht gekoppelt zu sein brauchte“ (Adorno 1997, S. 762). Zwar müssen alle Menschen lernen, ihrer Lust Schranken zu auferlegen und nicht gleich jedem Impuls nachzugeben. Doch die in den kapitalistischen Arbeitsverhältnissen geforderte Disziplin übersteigt bei Weitem das Mass, das eigentlich notwendig wäre, um den Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Wenn dann der persönliche Erfolg bescheiden bleibt oder gar Prekarisierungen respektive Rückstufungen drohen, wird die entstehende Enttäuschung in Form von Selbsthass verarbeitet („Ich bin einE VersagerIn“). „Um die ‚Internalisierung‘ des gesellschaftlichen Zwangs zu erreichen, die dem Individuum stets mehr abverlangt, als sie ihm gibt, nimmt die Haltung gegenüber der Autorität und ihrer psychologischen Instanz, dem Über-Ich, einen irrationalen Zug an. Das Individuum kann die eigene soziale Anpassung nur vollbringen, wenn es an Gehorsam und Unterordnung Gefallen findet; die sadomasochistische Triebstruktur ist daher beides, Bedingung und Resultat gesellschaftlicher Anpassung“ (Adorno 1976, S. 323). Doch der zur Selbstreflexion unfähige „autoritäre Charakter“ wendet den Hass zugleich nach außen. Dies führt zu einer zusätzlichen Verhärtung, da die eigenen Wünsche und Triebe zunehmend verleugnet und negativ gewendet auf andere projiziert werden müssen. Mit Erich Fromm kann hier von einer konformistischen Rebellion gesprochen werden.

Adorno, Theodor W. (1976): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M.

Adorno, Theodor W. (1997): Negative Dialektik, in: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt/M.

Erich Fromm Die Furcht vor der Freiheit, Original Escape from freedom, erschienen 1941

Eine knappe Übersicht über die Theorien und auch Diskussion zum autoritären Charakter bietet Jens Benicke (2012). Autorität und Charakter, Freiburg i.Br.

Dem Versuch, mit dieser Denkfigur den aktuellen Rechtspopulismus einzufangen haftet sicher etwas Spekulatives an. Es bedürfte entsprechender sozialwissenschaftlicher Studien, die die Annahmen und Fragestellungen des Konzepts empirisch anwenden. Doch der offensichtliche Irrationalismus des Rechtspopulismus – sowohl seitens der Führung wie auch der Basis – deutet darauf hin, dass die geschilderten Mechanismen auf breiter Basis wirksam sind.

Ein Versuch, das Konzept kritisch auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu aktualisieren ist der Beitrag »Die Veränderung des autoritären Charakters« www.conne-island.de/nf/126/23.html

4. Linker Populismus

Auch wenn derzeit Populismus hauptsächlich in Gestalt des Rechtspopulismus wahrgenommen und zuweilen gar per se als rechtes Phänomen gedeutet wird, wird immer wieder auch die Linke als populistisch markiert. Diese Markierung trifft nicht nur die ‚radikale‘ Linke, die in dieser Analyse mit völlig überspannten Versprechungen operiere und die unausweichlichen Zwänge der Globalisierung ignoriere. Sie trifft etwa auch den neuen Hoffnungsträger der deutschen Sozialdemokratie, Martin Schulz, der vom „Stern“ als „netter, aber eben gefährlicher Populist“ bezeichnet wird, oder wenn der Chefredakteur der „Schweiz am Sonntag“ den aus seiner Sicht bedauerlichen Volksentscheid gegen die wirtschaftsliberale Unternehmenssteuerreform III als Folge eines erfolgreichen „Populismus von links“ deutet.

www.stern.de/politik/deutschland/berlin-hoch-drei/martin-schulz--der-nette-populist-7308354.html

www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/spd-kanzlerkandidat-martin-schulz-bei-anne-will-14794023.html?GEP

www.schweizamsonntag.ch/ressort/meinung/populismus_von_links/

Solche Markierungen dienen dazu, politische Opposition und sozialen Protest zu diskreditieren und haben eine lange Tradition, die ausreichend belegt ist. Als instrumentelles und beliebiges Argument kann es je nach Situation auch mal in genau umgekehrter Version vortragen werden, etwa im NZZ Artikel „Die neue Volksverachtung“, erschienen zwei Wochen nach Trumps Wahlsieg.

www.nzz.ch/feuilleton/zeitgeschehen/neue-volksverachtung-der-grosse-luemmel-ld.130269

Doch wie wird das Argument des linken Populismus in Wissenschaft und innerhalb der Linken selbst diskutiert? In den Politik- und Sozialwissenschaften wird in der Regel die Existenz einer klaren, auf Rück- und Umverteilung zielenden Programmatik auf Seiten der Linken verwiesen, die eine Abgrenzung zum Rechtspopulismus darstelle. So argumentiert der tschechische Politologe Steven Saxonberg, dass kommunistische oder linke Parteien nicht als populistische Parteien einzustufen seien, da sie in der Regel über ein zwar radikales und ideologisches, aber eben klar konturiertes Programm verfügen.

www.czech.cz/de/Vida-Trabajo/Wer-ist-das-Volk-%E2%80%93-Populismusdebatte-in-Tschechien

Auch die Kritik am „Establishment“ und an den „Eliten“, wie sie Rechtspopulisten in Anspruch nehmen, habe innerhalb linker Bewegungen oder Parteien in der Regel einen anderen Charakter, so etwa der Soziologe und Ökonom Oliver Nachtwey, Vertretungsprofessor an der TU Darmstadt und Fellow Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main:

„Der Populismus von Bernie Sanders war beispielsweise nicht auf Personen fixiert. Er hat doch gesagt: «Das Establishment ist die Wall Street.» Jetzt könnte man natürlich einwenden, dass es sich dabei um eine verkürzte Kapitalismuskritik handelt. Aber man kann auch mit der Rede vom Establishment systemische Mechanismen identifizieren. Ich hänge aber nicht an einzelnen Kategorien, auf den Begriff des Establishments kann man durchaus verzichten. Es geht ja vor allem darum, eine für den Alltagsverstand erkennbare Zuspitzung von Machtverhältnissen vorzunehmen.“

www.woz.ch/1649/linke-politik/der-neoliberalismus-ist-diabolisch-genial-gestrickt

Nachtwey plädiert konsequenterweise denn auch für einen positiven linken Populismus, der als zentrale Differenz zum Rechtspopulismus einen offenen, nicht ausgrenzenden Demobegriff vertreten müsse. Dieses Plädoyer für einen linken Populismus kann sich auf theoretisch-konzeptionelle Traditionslinie stützen, die seit den 1980er Jahren vor allem mit den Namen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe verbunden sind. Gestützt auf Ideen Gramscis formulierten sie Kriterien für einen progressiven linken Populismus. Der 2014 verstorbene Laclau hat diese in einem Aufsatz „Warum Populismus“ verdichtet dargestellt, der in deutscher Übersetzung vorliegt.

www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-populismus/

Chantal Mouffe verteidigt trotz bzw. gerade wegen der neueren Erfolge der Rechtspopulisten das Konzept des Linkspopulismus, etwa im Interview mit der Süddeutschen Zeitung.

www.sueddeutsche.de/politik/interview-mit-der-politologin-chantal-mouffe-wir-brauchen-einen-linken-populismus-1.3312255?reduced=true

Die Diskussion um linken Populismus hat in den vergangenen Jahrzehnten durch die Regierungsübernahmen von linksgerichteten Bewegungen und Parteien in Latein- und Südamerika an Bedeutung gewonnen. Diese Bewegungen beruhten in vielfacher Hinsicht auf starken Präsidialsystemen und bewirkten dennoch eine soziale Demokratisierung, wie Laclau argumentiert:

„Eine neue Generation politischer Führer mobilisierte die Massen und bewirkte populistische Brüche. Sie agierten von Grund auf demokratisch, hoben die Massen auf die politische Bühne und machten die politische Öffentlichkeit für große Teile der Bevölkerung zugänglich, die bisher davon ausgeschlossen waren. Dazu mussten sie auf die eine oder andere Weise mit formalen Prinzipien des liberalen Staates brechen. Innerhalb weniger Jahre erlebten wir den Aufstieg des Vargismus in Brasilien, des Peronismus in Argentinien, des ersten Ibáñezismus in Chile und des Movimiento Nacionalista Revolucionario in Bolivien. Diese Regierungen waren trotz ihres Bruchs mit dem Liberalismus in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik demokratisch, weil sie eine fortschrittliche Umverteilung betrieben und die Industrialisierung förderten.“

Eine Schlussfolgerung aus dieser Widersprüchlichkeit zieht Laclau wie folgt: „Es ist ein Irrtum, dass die europäischen Formen liberaler Demokratie ein allgemeingültiges Paradigma sind, dem sich alle Gesellschaften annähern sollten. Jede Gesellschaft hat ihren eigenen Weg, soziale Ansprüche in das politische System aufzunehmen – das westliche Modell ist nur eines von vielen.“

Einen prägnanten Überblick über den Populismus als dominante Regimeform in Lateinamerika seit dem frühen 20. Jahrhundert bietet der Schweizer Ethnologe Christian Suter im Beitrag „Helden und Propheten. Der Wandel des Populismus in Lateinamerika“

www.archiv3.org/volltext_91127.htm

Die Gefahr des linken Populismus – das Beispiel Sarah Wagenknecht

Die Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“ im deutschen Bundestag, Sarah Wagenknecht, gilt gemeinhin als Paradebeispiel für neueren linken Populismus. Tatsächlich hatte sie bereits im Herbst 2016, auf dem Höhepunkt der sogenannten deutschen Willkommenskultur, die Migrationspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel als zu naiv und zu grosszügig kritisiert. Eine unkontrollierte Zuwanderung schaffe nicht nur ein Sicherheitsproblem, sie sei angesichts der bestehenden sozialen Ungleichheit innerhalb Deutschlands den Menschen nicht vermittelbar und spiele dem Kapital in die Hände, indem Sozial- und Lohndumping durch die Masseneinwanderung forciert werden könne. Im Interview mit dem »neuen Deutschland« erklärte sie hierzu am 23. Januar 2017:

„Wenn plötzlich mehrere hunderttausend Menschen zusätzlich nach Arbeit suchen, in einem Land mit drei Millionen Arbeitslosen und einem deregulierten Arbeitsmarkt, dann erhöht das den Lohn- druck, besonderes im Niedriglohnsektor. Daran sind nicht die Flüchtlinge schuld, sondern die, die etwa die Agenda-Gesetze durchgesetzt haben. Aber das hilft denen, die betroffen sind, wenig. Und wenn wir als LINKE solche Probleme einfach ignorieren, dann hören sie uns nicht mehr zu. Nicht wenige wählen dann eben AfD, weil die sich von uns nicht mehr verstanden fühlen.“

www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/die-angst-ist-doch-da/

Kurz nach dem Terroranschlag eines tunesischen Flüchtlings auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin macht Wagenknecht dann klar, dass sie dieser Umgarnung bisheriger LINKE-WählerInnen durch die AfD nicht nur linke, soziale Politik entgegenhalten will, sondern auch auf die Karte einer restriktiven Einwanderungspolitik setzt, etwa mit folgender Aussage: *„Neben der unkontrollierten Grenzöffnung ist da die kaputtgesparte Polizei, die weder personell noch technisch so ausgestattet ist, wie es der Gefahrenlage angemessen ist.“*

www.n-tv.de/politik/Warum-die-Rechte-profitiert-article19260946.html

Zwar wenden sich fast alle wichtigen RepräsentantInnen der Linkspartei vehement gegen Wagenknechts Vorstösse, doch scheuen sie vor parteilichen Massregelungen zurück. Zu einflussreich und bedeutsam wird Wagenknecht offenbar auch im Hinblick auf die 2017 anstehende Bundestagswahl angesehen. Dennoch: Der Co-Parteichef Bernd Riexinger distanzierte sich auch von der jüngsten Intervention Wagenknechts: *„Wir kritisieren Frau Merkel nicht dafür, dass sie die Grenzen nicht geschlossen hat. Hier hat die Linke eine klare inhaltliche Position, an die sich auch Frau Wagenknecht halten muss.“* Man werde innerparteilich ganz klar kommunizieren, dass *„sich auch die Spitzenkandidaten an die Programmatik und die Kernaussagen, die die Linke betreffen, zu halten haben“*. Riexinger kritisierte nicht die strategische Überlegung, AfD-WählerInnen gewinnen zu wollen, *»die Frage ist eher, wie man das dann macht«*. Es erstaunt denn auch nicht, dass die Rechte – zum Beispiel in der Person des CDU-Generalsekretärs Peter Taubers – die Äusserungen von Wagenknecht zu einem Rundumschlag mit der Populismus-Keule nutzt: *„Damit wird wieder mal deutlich, dass die Linkspartei eine rote AfD ist. Sahra Wagenknecht und Frauke Petry sind das doppelte Lottchen des Populismus in Deutschland.“*

www.bild.de/politik/inland/dr-peter-tauber/wagenknecht-und-petry-sind-das-doppelte-lottchen-des-populismus-49641014.bild.html

5. Strategien gegen Populismus

Allerortens ist von einer Gefahr für die Demokratie die Rede, die vom Rechtspopulismus ausgehe. Was aber sind die Antworten, die als Reaktion auf die Stärkung des Rechtspopulismus diskutiert und angemahnt werden? Die favorisierten Strategien hängen wesentlich von den jeweiligen Ursachenanalysen ab, die dem Aufstieg des Rechtspopulismus zugrunde gelegt werden (vgl. Kapitel IV). Wird der Fokus auf die Zunahme sozialer Ungleichheit im Sinne wachsender Einkommens- und Vermögensungleichheit gelegt, so werden klassische sozialdemokratische Elemente der Rück- und Umverteilung favorisiert. Beispielhaft tut dies etwa der deutsche Keynesianer Bofinger mit seiner Forderung, die Verlierer der Globalisierung seien zu entschädigen.

www.zeit.de/2016/51/soziale-ungleichheit-globalisierung-wohlstand-ausgleich

Diese Position erfährt derzeit Auftrieb. Das zeigt sich etwa in der wachsenden Zustimmung zur SPD, die zumindest rhetorisch im Wahlkampf ganz auf die Karte soziale Gerechtigkeit setzt. Augenfällig sind auch Äusserungen von Ökonomen liberaler und neoklassischer Präferenzen. Sie räumen neuerdings vermehrt ein, dass die Ungleichheit (zumindest punktuell) zugenommen habe, und dass Ungleichheit volkswirtschaftlich negative Folgen zeitige.

www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kommentar-sozial-aber-ganz-anders-1.3411795

Ein weiterer gewichtiger Strang versteht den Populismus als Aufforderung, den Zustand der demokratischen Gesellschaften kritisch zu reflektieren und ihre Grundwerte zu erneuern. So appelliert der Schriftsteller Navid Kermani an die liberalen Kräfte, den Enthusiasmus und die Begeisterung für die Erfolge der freien Welt wiederzuentdecken:

„Europa ist und bleibt die positive Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung, der Einwanderung, des religiösen und nationalen Extremismus. Eine politische Union, die nationale Unterschiede bewahrt, mehr noch: Unterschiede sogar fördert, die Verschiedenheit in unseren Ländern, Städten und Klassenzimmern als Reichtum begreift und zugleich durch gemeinsame Ideale, verbindliche Rechtsnormen, demokratische Institutionen und sozialen Ausgleich zusammengehalten wird – was könnte auch und besonders jungen Menschen heute mehr einleuchten, ja sie begeistern, was entspräche mehr ihrem Lebensgefühl?“

www.zeit.de/2016/51/marion-doenhoff-preis-navid-kermani-dankesrede/komplettansicht

Der liberale Intellektuelle Amin Nassehi, der wie viele den Populismus als Antwort auf die gestiegene Undurchschaubarkeit und kulturelle Instabilität wertet, fordert, »das Andere, das Unsichere auszuhalten«.

www.taz.de/15369637/

Auch die eher akademische Demokratietheorie meldet sich verstärkt zu Wort und betont die Bedeutung republikanischer Einhegung des Volkswillens. David Hirsch vom Goldsmith College der University of London etwa betont:

„In einer Demokratie geht es um demokratische Staaten, Institutionen, Gesetze, Gleichheit, Werte, Kultur, internationale Beziehungen und nicht nur um das Abstimmen. Aus dem »Willen des Volkes« macht der Populismus ein absolutes Prinzip, das über allen anderen demokratischen Prinzipien steht, und versucht, diesen Willen und dessen politische Repräsentation zu einem allein bestimmenden Fakt zu machen.“

<http://jungle-world.com/artikel/2016/27/54387.html>

Der Rechtswissenschaftler Andreas Zielcke argumentiert grundlegender. Er bezeichnet eine grundlegende Differenz zwischen dem demokratischen und dem populistischen Volksbegriff.

„Schon gar nicht kann darum mit dem Volk als Rechtsgemeinschaft das ethnische Volk gemeint sein, das im rechtspopulistischen Denken die Hauptrolle spielt. Das eine schließt das andere kategorisch aus. Entweder Demos oder Ethnos, entweder Demokratie oder Ethnokratie. Im Volk als konstituierte Rechtsgemeinschaft sind alle Bürger ohne Ansehen von Rasse, Geschlecht und Herkunft gleich. Im Volk aber als konkrete historische Bevölkerung sind alle Bürger so real wie verschieden, wenn auch aufgrund von Rasse, Kultur, Geschlecht, Klasse oder Religion unterschiedlich stark verschieden oder auch ähnlich oder eben unter dem einen oder anderen Aspekt sogar gleich – und sei es nur gefühlt gleich. Gleichheit im letzteren Sinn ist stets eine willkürliche Zuschreibung aufgrund bevorzugter oder aber missfallender empirischer Merkmale. Geht solche Gleichheits-Zuschreibung mit sozialer oder politischer Macht einher, ist ihr die Gefahr von Inklusion und Exklusion immanent. Volk im rechtlichen Sinn ist ein Freiheitsbegriff, Volk im empirischen Sinn ein Identifikationsbegriff.“

www.dshs-koeln.de/fileadmin/redaktion/Aktuelles/Publikationen_und_Berichte/Publikationen/Universitaetsreden/DSHS_Unirede_Nr._23.pdf

Wie bereits erwähnt schlagen einige Linke einen offensiven Linkspopulismus vor, der dem Rechtspopulismus das Wasser abgrabe. Man müsse dessen erfolgreiche Instrumente Verdichtung, Emotionalisierung, Elitenkritik etc. kopieren, aber mit linken Inhalten füllen. Für Oliver Nachtwey gehört hierzu vor allen Dingen der Antirassismus.

„Ein linker Populismus müsste einen »Demos«, also ein »demokratisches Volk«, konstituieren– und dieser Demos dürfte nicht ausgrenzend und müsste selbstreflexiv sein, sich also auch immer wieder selbst hinterfragen. Er dürfte keine undurchlässigen Aussengrenzen haben. Stattdessen müssten die Grenzen im politischen Prozess immer wieder neu verhandelt werden. Das wäre ja gerade das Demokratische an einem linken Populismus. Der Demos dürfte sich auch nicht irgendwelchen Anführern unterwerfen und müsste sich stattdessen politischen Prinzipien verschreiben, zum Beispiel Demokratie und Solidarität. Letztlich beruht Populismus zwar immer auf der Anmassung, für die Mehrheit zu sprechen– doch es kann sehr wohl eine demokratische Anmassung sein. Entsprechend hat Podemos beispielsweise auch immer gesagt: »Wir wollen die absolute Mehrheit!«

www.woz.ch/1649/linke-politik/der-neoliberalismus-ist-diabolisch-genial-gestrickt

Wie das bereits genannte Beispiel Sarah Wagenknecht jedoch zeigt, muss linker Populismus allerdings eben nicht zwingend einen offen, nicht ausschliessenden Demosbegriff beinhalten.

Wenn über die Gefahren des Populismus nachgedacht wird, taucht nach wie vor im- oder explizit die Vorstellung auf, Populisten würden sich zwangsläufig entzaubern, seien sie erstmal an der Macht und müssten das mühselige Geschäft des Regierens übernehmen, dass in aller Regel mässigend auf Programmatiken wirke. Oliver Geden und Lars Brozus von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) weisen eine solche Vorstellung als naiv zurück, würde sie doch »verfehlen, dass es Populisten und ihren Wählern eben nicht in erster Linie um Politikinhalt geht, sondern primär um eine gemeinsame Haltung zur Welt, im Kern also um Identitäts- und weniger um Interessenpolitik«.

www.swp-berlin.org/publikation/die-irritierten-experten/

Wenn allerdings die These stimmt, Populismus brauche sich nicht um rationale Politik kümmern, dann wird die soziale Basis des Populismus von ihren FührerInnen eben gerade verlangen, dass sie an der Macht autoritäre Politik und reale Massnahmen gegen »Volksfremde« auch wirklich durchsetzen. Nur so erfährt die Basis für die erlittenen oder befürchteten Prekarisierungen und Demütigungen die geforderte Kompensation. Der Rechtspopulismus erweist sich so als Wegbereiter autoritärer Regimes. Diese Regimes werden die realen Probleme der Leute nicht lösen und gerade deshalb dazu neigen, sich weiter zu radikalisieren – bis hin zu offenen Diktaturen. Die Entwicklung des Erdogan-Regimes ist dafür ein beredtes Beispiel. Doch der Rechtspopulismus ist bereits wirksam, lange bevor solch bedrohliche Szenarien Wirklichkeit werden. Er führt im bürgerlichen Mainstream (und leider oft auch bei linken Parteien) zu Anpassungsneigungen und damit zu einer generellen Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts, so dass er auch ohne Regierungsbeteiligung äusserst erfolgreich wirkt, wie das jüngste Beispiel Niederlande zeigt. Aus all diesen Gründen ist es angezeigt, aktiv und grundlegend gegen den Rechtspopulismus und seine gesellschaftlichen Voraussetzungen anzugehen. *

6. Weitere verwendete Literatur

Berner, Anna-Sofia (2016): Finnlands Rechtspopulisten verprellen ihre Wähler.

In: Welt Online, zuletzt abgerufen am 07.12.16, zum Artikel.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, 1. Auflage, Wiesbaden, S. 9-32.

Decker, Frank (2016): Der Irrweg der Volksgesetzgebung, Bonn

Schumatsky, Boris (2016). Der neue Untertan. Populismus, Postmoderne, Putin, Wien.

Gut lesbare und zum Nachdenken anregende Polemik, die ausgehend vom einem angeblich weit verbreiteten Putinverständnis in der westlichen Welt aus liberaler Sicht die Gefahr des Populismus (der für ihn gleichermassen links wie rechts ist) beschreibt und eine Abkehr von der Postmoderne fordert, deren Relativismus den Populismus hochgespült habe.

Hofstadter, Richard: The Paranoid Style in American Politics von 1964, <http://harpers.org/archive/1964/11/the-paranoid-style-in-american-politics/>

Hildebrand, Marius (2017): Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Münster. Einleitung Inhalt und Leseprobe. www.transcript-verlag.de/media/pdf/4a0bbe3b53f04ad099f11a6aaf929a3c.pdf

FPÖ - Partei der Reichen. Gegen Sozialstaat Gewerkschaften und Vermögenssteuern <http://mosaik-blog.at/fpoe-hofer-reiche-eliten/>

Eine Forsa Studie belegt, dass Die AFD nicht die Partei der Geringverdiener ist.

www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/afd-waehler-geringverdiener-spd-die-linke-forsa-umfrage

Sebastian Friedrichs Analyse ihres neoliberalen Wirtschaftsprogramms

www.sebastian-friedrich.net/?p=487

Heinisch, Reinhard (2012): Populismus in den USA – eine Analyse, in:

Sir Peter Ustinov Institut (Hg.): Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?, Wien

www.newacademicpress.at/wp-content/uploads/2015/05/wp-id-Populismus_Lesprobe.pdf